

[Zurück zur Übersicht](#)

„Bestechung muss endlich strafbar werden“

Abgeordnetenwatch-Gründer Gregor Hackmack im Interview



Gregor Hackmack ist Mitgründer der deutschen Polit-Plattform **abgeordnetenwatch.de**, die sich selbst als „virtuelles Wählergedächtnis“ bezeichnet. „Bürger fragen - Politiker antworten“ ist der Kern des Portals, nebenbei veröffentlichten Hackmack und seine Kollegen auch das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten sowie deren Nebentätigkeiten.

Mit seiner gemeinnützigen Organisation schaut Hackmack den deutschen Volksvertretern auf die Finger, und sorgt so für mehr Transparenz in der Polit-Landschaft der Bundesrepublik. Ein Projekt, das mittlerweile auch in vielen anderen Ländern, darunter Österreich, Schule gemacht hat.



Gregor Hackmack im Einzelgespräch mit Hans Martin Paar beim Talk im Hangar-7 am Donnerstag, 22. November:

Herr Hackmack, worum genau geht es bei **abgeordnetenwatch**?

Wir verstehen uns als Transparenz- und Dialogplattform. Mit unserer Arbeit wollen wir mehr Menschen für die Politik begeistern und guten Politikern, die sich um die Anliegen ihrer Wähler kümmern, den Rücken stärken. Allerdings geht es uns natürlich auch darum, denjenigen Volksvertretern, die ihr Mandat weniger ernst nehmen, auf die Finger zu schauen.

Gibt es denn so viele schwarze Schafe in der Politik?

So schlecht wie die meisten denken, ist es um die Politik gar nicht bestellt. Unsere Erfahrungen zeigen, dass 80 Prozent der Abgeordneten ihren Job sehr ernst nehmen. Sie sollte man natürlich nicht mit den anderen in einen Topf werfen. Allerdings hätten gerade auch die vorbildlichen Politiker die Pflicht, ihre Kollegen zu mehr Anstand zu nötigen - beispielsweise durch schärfere Gesetze.

Wo müsste man in Deutschland gesetzlich nachbessern?

Es gibt zwei konkrete Punkte: Abgeordnetenbestechung muss endlich strafbar werden, es wäre ein Leichtes, die gesetzlichen Vorgaben hier zu ändern. Bisher ist das leider nicht passiert. Wir brauchen außerdem ein Gesetz, das die komplette Offenlegung aller Nebeneinkünfte von Abgeordneten ermöglicht - übrigens auch für den Kreis der Anwälte unter den Politikern, die sich bisher höchst erfolgreich dagegen zur Wehr setzen.

Muss Politik ein Fulltime-Job werden?

Auf Bundesebene auf jeden Fall, denn wer seinen Job als Abgeordneter ernst nimmt, hat dann reichlich zu tun. Dafür wird er im Übrigen auch vom Steuerzahler entsprechend unterstützt, denn der Verdienst von Politikern auf dieser Stufe orientiert sich an dem eines Bundesrichters.

Sie haben mit Ihren Recherchen die Debatte um die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück losgetreten. Wie reagieren Politiker auf ihre Arbeit?

Die allermeisten unterstützen **abgeordnetenwatch.de**, denn wir bieten Politikern ja auch ein Forum, um in einen guten Dialog mit dem Wähler einzutreten. Aber es gibt natürlich auch Abgeordnete, die unsere Arbeit weniger schätzen...

Mit welcher Kritik sind sie konfrontiert?

Man wirft uns gelegentlich vor, dass wir als Organisation nicht das Recht hätten, uns in diese Dinge einzumischen. Aber Politiker werden von Bürgerinnen und Bürgern eingesetzt und die sind es dann auch, die ihre kritischen Fragen auf unserer Plattform an ihre Volksvertreter richten. So kommt bei unseren Recherchen auch meist der Stein ins Rollen.

Die Politik auf Bundes-, Länder-, Regional- und EU-Ebene im Auge zu behalten ist sicher eine zeitaufwendige Aufgabe. Geht das noch im Ehrenamt?

Wir haben als ehrenamtliches Team in Hamburg angefangen, aber spätestens als wir unsere Arbeit auf die Bundesebene ausgeweitet haben, war es einfach nicht mehr möglich, das so zu organisieren. Deshalb haben wir eine gemeinnützige Organisation gegründet, die sich durch Förderbeiträge und Spenden finanziert. Derzeit sorgen zwei Geschäftsführer, drei Angestellte und 15 freie Mitarbeiter für den

reibungslosen Betrieb von abgeordnetenwatch.de.

Sie treten für mehr Transparenz ein, aber ändert sich dadurch wirklich etwas?

Transparenz ist substanziell in einer Demokratie, weil Dinge erst bewertet werden können, wenn sie auf dem Tisch liegen. Um auf das Beispiel Steinbrück zurückzukommen: die Stadtwerke der klammen Stadt Bochum, die Politikern wie Steinbrück 25 000 Euro Honorar für Vorträge zahlen konnten, haben diese umstrittene Reihe nun abgesetzt. Ein CDU-Abgeordneter mit ebenfalls hohen Nebeneinkünften steht für die Bundestagswahl 2013 nicht mehr auf der Liste. Das sind Erfolge.

Wird sich die Forderung nach mehr Transparenz auch international durchsetzen?

Auch in anderen Ländern gibt es das Bestreben nach mehr Transparenz in der Politik und dazu ganz konkrete Initiativen. Neben beispielsweise Irland oder Tunesien haben wir auch in Österreich ein Projekt mit auf den Weg gebracht: meinparlament.at.

Erstellt: 22.11.12, Letzte Änderung: 22.11.12

[Artikel drucken](#) | [Artikel weiterempfehlen](#)